

Internationales Strafrecht

Strafanwendungsrecht, Völkerstrafrecht, Europäisches Strafrecht, Rechtshilfe

Bearbeitet von

Von Prof. Dr. Kai Ambos, Richter am Kosovo Sondertribunal, Den Haag, Berater (amicus curiae) der kolumbianischen Sondergerichtsbarkeit für den Frieden, Unter Mitarbeit von Dr. Alexander Heinze, LL.M., und Christopher Penkuhn, Dipl.-Jurist

5., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage 2018. Buch. LXII, 742 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 71118 3

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Strafrecht > Internationales Strafrecht](#)

Zu [Inhalts-](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

untersuchen.²³⁷ Auch führte die harte Linie der AU gegenüber dem IStGH dazu, dass die afrikanischen Unterstützerstaaten des Gerichtshofs auf Konfrontationskurs mit der AU gingen und ihre Unterstützung stärker als zuvor zum Ausdruck brachten.²³⁸ Eine große Mehrheit der afrikanischen Staaten – darunter Burkina Faso, Botswana, die DRK, die Elfenbeinküste, Lesotho, Malawi, Mali, Namibia, Nigeria, der Senegal, Sierra Leone, Tanzania, Uganda und Zambia – bekräftigten Ende Januar 2017 ihre Unterstützung des IStGH.²³⁹ Dies entspricht der Position der afrikanischen Zivilgesellschaft, wie sie etwa im Jahr 2013 durch 130 afrikanische Nichtregierungsorganisationen²⁴⁰ und im Februar 2016 durch das „African Liberal Network“ (einer Organisation bestehend aus 30 Afrikanischen Staaten und 44 politischen Parteien) zum Ausdruck gebracht wurde.²⁴¹ Auch die Aussagen und Beschlüsse der AU auf ihrem letzten Gipfel in Adis Abeba im Januar 2017 lassen die Option eines Massenaustritts – ganz abgesehen von seiner rechtlichen Zulässigkeit²⁴² – nicht mehr realistisch erscheinen.²⁴³ Wie nicht anders zu erwarten, hat die „De-Afrikanisierung“ der Ermittlungen auch zu einer De-Afrikanisierung der Anti-IStGH-Bewegung geführt,²⁴⁴ wie sich etwa an der Ankündigung Russlands – unmittelbar nach der offiziellen Bekanntgabe von Ermittlungen auf der Krim und in der Ostukraine – zeigte, sich vollständig vom IStGH zurückzuziehen, also rechtlich gesprochen seine Unterzeichnung des Statuts zurückzunehmen.²⁴⁵

V. Die nationale Umsetzung („implementation“) des IStGH-Statuts

Wenn man nach der nationalen Umsetzung des IStGH-Statuts fragt, so ist zunächst zu klären, ob sich aus dem Statut **spezifische Umsetzungsverpflichtungen** ergeben. Dies ist grundsätzlich **nicht** der Fall.²⁴⁶ Das Statut sieht lediglich in Art. 70 Abs. 4 vor, dass die

liminary Examination Activities 2016, 14 November 2016, para. 150 ff. Zur Frage, inwiefern damit der IStGH auch im Hinblick auf den Abschuss des Malaysia Airlines Fluges MH17 am 17.7.2014 ermitteln sollte, oder ob die Einrichtung eines Sondertribunals vorzugswürdig ist, *Williams*, MelbJIL 17 (2016), 1 ff.; *van den Herik*, EJIL: Talk!, 9.2.2017; aus VR-Sicht *Buchan/Tsagounias*, ICom 19 (2017), 165 ff., nach denen Russland auf der Krim u. a. gegen den Nichteinmischungsgrundsatz verstoßen habe. Am 5.7.2017 entschied sich das Joint Investigations Team, bestehend aus den Staaten Australien, Belgien, Malaysia, den Niederlanden und der Ukraine, gegen ein Sondertribunal und für nationale Ermittlungen und Anklagen in den Niederlanden, s. Regierung Niederlande, Statement by the Minister of Foreign Affairs on MH17, 5.7.2017, <https://www.government.nl/latest/news/2017/07/05/statement-by-the-minister-of-foreign-affairs-on-mh17-5-july-2017> (zuletzt abgerufen am 23.9.2017). Die Niederlande und Ukraine unterzeichneten zu diesem Zweck einen bilateralen Kooperationsvertrag, der u. a. regelt, dass die Täter des Flugzeugabschusses, bei dem 298 Personen aus 17 verschiedenen Ländern ums Leben kamen, in den Niederlanden einem Strafgericht zugeführt werden, s. Regierung Niederlande, Minister of Security and Justice signs MH17 treaty with Ukraine, 7.7.2017, <https://www.government.nl/ministries/ministry-of-foreign-affairs/news/2017/07/07/minister-of-security-and-justice-signs-mh17-treaty-with-ukraine> (zuletzt abgerufen am 23.9.2017). Aufgrund des Territorialitätsprinzips hätte eigentlich die Ukraine die Strafverfolgung übernehmen müssen, diese sah sich aufgrund des anhaltenden Konflikts in der Region Donbass jedoch dazu nicht in der Lage. Dazu ausführlich, vor allem zu Fragen der konkurrierenden Strafverfolgung zwischen den Niederlanden und dem IStGH *Matta*, Opino Juris, 17.7.2017.

²³⁷ Dazu allg. *Hutchins*, ColJTL Bulletin.

²³⁸ *CICC*, AU Summit 2017, 8.2.2017.

²³⁹ *CICC*, AU Summit 2017, 8.2.2017; *Vilmer*, IA 92 (2016), 1336: „The anti-ICC propaganda has been entirely created by a handful of heads of states seeking to escape its reach.“

²⁴⁰ U. a. Aufforderung an die afrikanischen Regierungen, das IStGH System nicht zu verlassen; vgl. Letter to foreign ministers on support for the ICC in advance of extraordinary AU summit, Human Rights Watch, 4.10.2013, <https://www.hrw.org/news/2013/10/04/letter-foreign-ministers-support-icc-advance-extraordinary-au-summit> (zuletzt abgerufen am 21.9.2017).

²⁴¹ ALN condemns alleged AU proposal to withdraw from the ICC, African Liberal Network, 26.2.2016, <http://www.africanliberalnetwork.org/2016/02/aln-condemns-alleged-au-proposal-to-withdraw-from-the-icc/> (zuletzt abgerufen am 21.9.2017).

²⁴² Dazu *Labuda*, EJIL: Talk!, 15.2.2017.

²⁴³ *Labuda*, EJIL: Talk!, 15.2.2017: Die AU „has withdrawn, so to speak, from some of the more sweeping normative claims in favor of a ‘mass African exodus’ from the ICC“.

²⁴⁴ Vgl. auch *Vilmer*, IA 92 (2016), 1332 („The de-Africanization of the cases before the court will symmetrically be accompanied by a de-Africanization (and an expansion) of the anti-ICC movement.“).

²⁴⁵ *Kay*, International Criminal Law Bureau, 17.11.2016; zu den Folgen *Sayapin*, EJIL: Talk!, 21.11.2016.

²⁴⁶ Ebenso *Werle/Jeffberger*, 2016, Rn. 85 f.

Vertragsstaaten ihre nationalen Rechtspflegedelikte (§§ 153 ff. StGB) um den Schutz des IstGH erweitern (→ § 7 Rn. 278 ff.). Überdies haben die Vertragsstaaten innerstaatliche Verfahren zur Zusammenarbeit mit dem IstGH vorzusehen (Art. 88). Diese Verpflichtung ist auch **faktischer Art**, denn wenn die Vertragsstaaten ihrer generellen Zusammenarbeitspflicht (Art. 86) nachkommen wollen, so müssen sie innerstaatlich die verfahrensrechtlichen und gerichtsorganisatorischen Vorkehrungen treffen.²⁴⁷ Vollends faktischer Art sind die *aus dem Komplementaritätsgrundsatz* (Art. 17) folgenden Umsetzungsverpflichtungen: Setzt dieser Grundsatz neben dem Verfolgungswillen auch die Verfolgungsfähigkeit des Territorialstaates voraus (→ § 8 Rn. 10 ff.), so impliziert dies die Existenz eines „nationalen“ Völkerstrafrechts, welches insbesondere die *vr* Kernverbrechen kodifiziert.²⁴⁸

- 37 Im Ergebnis verbleibt den Vertragsstaaten damit – vorbehaltlich der Verfassungsmäßigkeit des Statuts (→ Rn. 39) – ein erheblicher **Gestaltungsspielraum**. Zwar ist eine Nicht-Umsetzung („Null-Lösung“) auf Grund der genannten (faktischen) Verpflichtungen keine Option, doch steht es den Staaten überdies frei, sich zwischen einer **begrenzten und vollständigen Implementation** zu entscheiden.²⁴⁹ Die Minimallösung ist eine begrenzte Implementation durch Einführung der für die Zusammenarbeit notwendigen Verfahrensvorschriften und Erweiterung der Rechtspflegedelikte (§ 153 ff. StGB) auf den IstGH. Wählt man den Weg einer vollständigen Implementation, so kann man entweder auf das IstGH-Statut in seiner Gesamtheit oder auf bestimmte Teile verweisen (sog. **Verweisungsmodell**) oder die entsprechenden Teile im nationalen Recht (gesondert) kodifizieren (sog. **Kodifikationsmodell**).²⁵⁰ Das **Verweisungsmodell** findet sich bisher vor allem in den Staaten des angloamerikanischen Rechtskreises (common law). Dabei kann weiter zwischen einem *statischen Verweis* auf das Statut durch nationale Strafnormen (so etwa England und Wales durch den „ICC Act 2001“, Schottland durch den „ICC Act 2001“ oder auch Neuseeland durch den „International Crimes and ICC Act 2000“) und einem *dynamischen Verweis* auf VGR durch nationale Strafnormen (so Kanada durch den „Crimes Against Humanity and War Crimes Act 2000“) unterschieden werden.²⁵¹ Dieser Weg wird in eingeschränkter Form und begrenzt auf Kriegsverbrechen auch von anderen (Nichtvertrags-) Staaten (USA),²⁵² auch des kontinentaleuropäischen Rechtskreises (Finnland, Polen, Russ-

²⁴⁷ Näher zu den Implementationspflichten aus Art. 86 ff. *Palma*, in: Malaguti, S. 203 ff.

²⁴⁸ Ebenso *Weigend*, GS Vogler, 2004, S. 201: „Anreiz“; auch *Burchards*, S. 325, 328 ff.; *Fixson*, in: Kirsch, S. 229; *Zahar/Sluiter*, S. 489; *Cryer/Cryer et al.*, S. 81; zu der daraus folgenden Harmonisierung der nationalen Strafrechte bzw. dem „top down“ Einfluss des IstGHS vgl. *Cryer*, S. 117 ff.; *Fletcher*, 2007, S. 340; *Werle/Jeffberger*, 2016, Rn. 87.

²⁴⁹ Vgl. zu den Optionen instruktiv *Werle*, JZ 2001, 886 ff., der sich allerdings nur auf das materielle Recht bezieht und dem hier nicht ganz gefolgt wird; vgl. auch *Burchards*, S. 335 ff.; aus rechtstheoretischer Sicht *de Carvalho*, in: *Ambos/de Carvalho*, S. 79 ff.; vgl. auch *Bergsmo/Harlem/Hayashi*, *Core international crimes*, 2010, insbesondere zum deutschen und kanadischen Implementationsmodell.

²⁵⁰ Grdl. *Eser et al.*, 2003 ff.; *Kreß et al.*, 2000 und 2005; *Vandermeersch, Sluiter, Boas und Hay*, JICJ 2 (2004), 133 ff.; *Höpfel/Angermaier*, S. 319 f.; zu Australien *Blumenthal*, in: *Blumenthal/McCormack*, 292 ff.; zu England und Wales *Rabenstein/Bahrenberg*, in: *Eser et al.*, 2003 ff., Bd. 6, S. 261 ff.; *Cryer/Bekou*, JICJ 5 (2007), 441 ff.; zu Kanada *Burchards*, S. 338 ff.; *Gut/Wolpert*, in: *Eser et al.*, 2003 ff., Bd. 5, S. 19 ff.; *Prost/Robinson*, in: *Kreß et al.*, 2005, S. 53 ff.; zu Kambodscha *Meisenberg*, *AsianJIL* 5 (2015), 123 ff.; zu Dänemark *Laursen*, JICJ 10 (2012), 997; zu Spanien *Rojo*, JICJ, 9 (2011), 699 ff.; zu Italien *Roscini*, JICJ 5 (2007), 493 ff. und *De Simone*, in: *Malaguti*, S. 157 ff.; zu Frankreich *Maillet*, in: *Malaguti*, S. 177 ff.; zu Österreich *Farthofer*, in: *Safferling/Kirsch*, S. 373 ff.; zu Lateinamerika *Ambos/Malarino*, in: *Eser et al.*, 2003 ff., Bd. 4, S. 469 ff.; *Grammer*, in: *Ambos et al.*, 2005, S. 45 ff.; *Ambos et al.*, 2006; *CAJ*, *La Corte Penal Internacional*, 2007, S. 35 ff. sowie RP 14 (Juli 2004), 209 ff.; zu Argentinien *Alvarez*, JICJ 5 (2007), 480 ff.; zu Australien *Boas/Pascale*, 40 MULR (2016), 46 (55 ff.); zu den USA – aus rechtsvergleichender Sicht unter Einbeziehung von Kanada, Australien, Großbritannien, Deutschland und Frankreich – *Hatchell*, *ILSAJInt&CompL* 12 (2005), 1 ff.; zur Schweiz *Gless*, 2015, Rn. 937 ff.; *Vest, Benoit-Laudale*, in: *Ziegler et al.*, *Kriegsverbrecherprozesse*, 2009, S. 53 ff., 258 ff.; *Baumgartner*, in: *Safferling/Kirsch*, S. 399 ff. Zu den Arten der Inkorporation der Kernverbrechen und zum *vr* Rahmen *Ferdinandusse*, *Direct application of international criminal law in national courts*, 2005, S. 41 ff., 137 ff., 179 ff.; *Cryer*, S. 117 ff., 167 ff.; zu den Verbrechen auch *Bacio Terracino*, JICJ 5 (2007), 421 ff.; *Cornils*, *FS Lahti*, 2007, S. 30 ff.

²⁵¹ *Kreicker*, in: *Eser et al.*, 2003 ff., Bd. 7, S. 27 f.; auch *Cryer/Cryer et al.*, S. 80.

²⁵² Unabhängig vom IstGH-Statut, das die USA bekanntlich nicht ratifiziert haben, nimmt das dortige innerstaatliche Recht auf die vier Genfer Konventionen von 1949 und die Haager Landkriegsordnung von

land, Schweden, Weißrussland) beschränkt.²⁵³ In diesem Fall wird durch eine innerstaatliche Blankettnorm die Strafbarkeit bestimmter Verhaltensweisen nach nationalem Recht unter Verweis auf das momentan geltende VGR (die blanketausfüllende Norm) für strafbar erklärt.²⁵⁴ Damit ist sichergestellt, dass sich die innerstaatliche Strafbarkeit dynamisch mit dem VGR weiterentwickelt.²⁵⁵ Bei einem *statischen Verweis* hingegen wird explizit auf das IStGH-Statut in einer zu einem bestimmten Zeitpunkt geltenden Fassung Bezug genommen, dh innerstaatliche Blankettnormen verweisen auf die in Art. 6–8 IStGH-Statut erfassten Straftaten als blanketausfüllende Normen. Diese werden damit in das innerstaatliche Recht inkorporiert.²⁵⁶ Insoweit muss aber weiter zwischen einer *unmittelbaren Anwendung* des Statuts (zB Südafrika²⁵⁷) und einer *Übernahme durch Verweisung* (zB England und Wales, Schottland, Neuseeland²⁵⁸) unterschieden werden.

Die **Implementation in den Vertragsstaaten** wird sowohl vom IStGH über dessen Legal Tools Projekt²⁵⁹ als auch von der internationalen NGO „Coalition for the ICC“ fortlaufend beobachtet.²⁶⁰ Zum November 2017 hatten 89 Staaten irgendeine Form von Implementationsgesetzgebung erlassen.²⁶¹ Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Umsetzungsgesetze den Anforderungen des IStGH-Statuts entsprechen, also entweder dahinter zurückbleiben oder rechtstechnisch fehlerhaft sind.²⁶² Die zuständige „New York Working Group“ des „Bureau of the Assembly of State Parties“ hatte insoweit noch im Jahre 2006 einen alarmierenden Bericht für die fünfte ASP vorbereitet und insbesondere eine Strategie zur vollständigen und effektiven Implementation vorgeschlagen,²⁶³ die seitdem umgesetzt und stetig weiterentwickelt wird.²⁶⁴ Auch auf der 15. Vertragsstaatenversammlung wurde eine umfassende Implementation angemahnt.²⁶⁵

1907 Bezug. Da Art. 8 IStGH-Statut auf diesen Abkommen beruht, entspricht auch das U.S.-amerikanische innerstaatliche Kriegsrecht weitgehend Art. 8 (vgl. den „War Crimes Act 1996“, 18 U.S.C. § 2441, <http://www.law.cornell.edu/uscode/text/18/2441> (zuletzt abgerufen am 21.9.2017)).

²⁵³ Kreicker, in: Eser et al., 2003 ff., Bd. 7, S. 27 mit Verweisen auf die einzelnen Länderberichte in Fn. 108.

²⁵⁴ So beispielsweise section 4 (3) des kanadischen „Crimes Against Humanity and War Crimes Act“: „(...) genocide means an act or omission committed with intent to destroy, in whole or in part, an identifiable group of persons, as such, that, at the time and in the place of its commission, constitutes genocide according to customary international law or conventional international law or by virtue of its being criminal according to the general principles of law recognized by the community of nations, whether or not it constitutes a contravention of the law in force at the time and in the place of its commission. (...)“.

²⁵⁵ Kreicker, in: Eser et al., 2003 ff., Bd. 7, S. 27. Zum Einfluss der *Ad-Hoc*-Tribunale auf die nationale Implementation vgl. Heinsch, S. 266 ff., 268 ff. (Deutschland), 274 ff. (Schweiz), 278 f. (Großbritannien).

²⁵⁶ Kreicker, in: Eser et al., 2003 ff., Bd. 7, S. 28.

²⁵⁷ So geschehen durch den „ICC-Act“, 18.7.2002, vgl. <http://www.justice.gov.za/legislation/acts/2002-027.pdf> (zuletzt abgerufen am 21.9.2017); vgl. zu Südafrika auch Maungo, in: Kreß et al., 2000, S. 183 ff.; Maungo, in: Kreß et al., 2005, S. 331 ff.; du Plessis, JICJ 5 (2007), 460 ff.; du Plessis, in: Ambos/Maunganidze, S. 23 ff.; speziell zur Implementierung des Aggressionsverbrechens Kemp, in: Ambos/Maunganidze, S. 39 ff.

²⁵⁸ Zu Neuseeland vgl. Hay, „New Zealand“, in: Kreß et al., 2005, S. 235 ff.; du Plessis, JICJ 5 (2007), 460 ff.

²⁵⁹ S. die National Implementing Legislation Database, <https://www.legal-tools.org/browse/national-implementing-legislation-database/> (zuletzt abgerufen am 21.9.2017).

²⁶⁰ Vgl. CICC (<http://iccnw.org/?mod=romeimplementation>), AI (<https://www.amnesty.org/en/documents/IOR53/009/2010/en/>) und HRW (www.hrw.org/campaigns/icc/implementation.htm) (zuletzt abgerufen jeweils am 21.9.2017).

²⁶¹ Vgl. <https://iccdb.hrlc.net/data/keyword/503/> (zuletzt abgerufen am 25.11.2017).

²⁶² Van der Pas, ICC Monitor (2006), S. 5 („seriously flawed“); ebenso AI, ICC: The failure of states to enact effective implementing legislation, IOR 40/019/2004, September 2004; krit. auch Ambos, in: Jehle/Lipp/Yamanaka, Rezeption und Reform, 2008, S. 232; krit. zu den Verbrechen auch Bacio Terracino, JICJ 5 (2007), 421 ff.; zur Problematik der Unterscheidung „Situation-Fall“ (→ § 8 Rn. 2) und deren Auswirkung auf die Implementation am Beispiel Spaniens vgl. Olásolo, LJIL 20 (2007), 193 ff.; einführend dazu Stahl, LJIL 20 (2007) 165; speziell zur Implementation Südkoreas Kim, Chinese JIL 10 (2011), 161 ff.

²⁶³ Report of the Bureau on ratification and implementation of the Rome Statute and on participation in the ASP, ASP, 5th session, The Hague, 23.11.–1.12.2006, ICC-ASP/5/26, 17. 11.2006, S. 6 f.; krit. auch Cryer/Friman, S. 534. Für eine spezielle Arbeitsgruppe zur Implementation Bacio Terracino, JICJ 5 (2007), 439 f.

²⁶⁴ S. Report of the Bureau on the Plan of action for achieving universality and full implementation of the Rome Statute of the ICC, 12th session, The Hague, 20.–28.11.2013, ICC-ASP/12/26, 15.11.2013, paras. 6 ff.

²⁶⁵ S. Report of the Bureau on the Plan of action for achieving universality and full implementation of the Rome Statute of the ICC, 15th session, The Hague, 16.–24.11.2016, ICC-ASP/15/19, 10.11.2016, paras. 6 ff.

- 39 Auf *verfassungsrechtlicher Ebene* hat der **deutsche** Vertragsgesetzgeber²⁶⁶ den IStGH als zwischenstaatliche Einrichtung iSv Art. 24 Abs. 1 GG anerkannt und ihm damit Hoheitsgewalt übertragen.²⁶⁷ Demzufolge haben Maßnahmen und Anordnungen des IStGH eine unmittelbare Durchgriffswirkung auf die deutsche Rechtsordnung.²⁶⁸ Nach Ansicht des Gesetzgebers sind auch die Mindestbedingungen eines rechtsstaatlichen Verfahrens durch das IStGH-Statut gewahrt.²⁶⁹ Deutschland hat – abgesehen von der Ergänzung des Art. 16 Abs. 2 GG um einen S. 2 im Hinblick auf die Auslieferung Deutscher an EU-Mitgliedstaaten und internationale Gerichte²⁷⁰ – zwei Sondergesetze materiell- und verfahrensrechtlicher Art geschaffen.²⁷¹

F. Die nationale Umsetzung des IStGH-Statuts in Deutschland: VStGB und IStGHG

- 40 Das deutsche Strafrecht kannte bis zum Inkrafttreten des **Völkerstrafgesetzbuchs (VStGB)**²⁷² keine Tatbestände, die die anerkannten vr Kernverbrechen gesondert unter Strafe stellten. Einzige Ausnahme war der Tatbestand des Völkermords (§ 220 StGB aF), der aufgrund der Verpflichtungen aus der Genozidkonvention geschaffen worden war.²⁷³ Im Übrigen konnten völkerrechtswidrige Handlungen nur über die „normalen“ nationalen Tatbestände des StGB, wie etwa Körperverletzung, Totschlag oder Mord, erfasst werden. Diese werden jedoch dem spezifischen Unrechtsgehalt internationaler Verbrechen, der in der Einbettung des Einzelakts in einen kollektiven Gesamtzusammenhang (zB Angriff gegen die Zivilbevölkerung bei VgM, → § 7 Rn. 174 ff.) besteht, nicht gerecht.²⁷⁴ Diese Lücke wurde durch das Zustimmungsgesetz zum IStGH-Statut nicht geschlossen, da es sich bei dem Statut nicht um sog. *self-executing*-Normen handelt, so dass die Tatbestände des Statuts im deutschen Recht nicht unmittelbar anwendbar sind.²⁷⁵ Um Deutschland in die Lage zu versetzen, die im IStGHs genannten Verbrechen selbst zu verfolgen, mussten vielmehr neue (nationale) Strafvorschriften erlassen werden. Dabei hat sich der deutsche Gesetzgeber dafür entschieden, diese nicht in das allgemeine StGB zu integrieren, sondern vielmehr eine eigenständige Kodifikation zu schaffen. Das VStGB²⁷⁶ hat u. a. das Ziel, „das

²⁶⁶ BGBl. II 2000 S. 1393; vgl. schon → Rn. 37.

²⁶⁷ BT-Drs. 14/2682, 6 f.; Grützner/Pötz/Kreß/Kreß, IV A 1 Rn. 368.

²⁶⁸ Vgl. BVerfG, Beschl. v. 19.9.2006 – 2 BvR 2115/01; 2 BvR 2132/01; 2 BvR 348/03, Tz. 56 (insoweit nicht abgedruckt in NJW 2007, 499): Internationale Gerichtshöfe im Sinne von Art. 16 Abs. 2 S. 2 GG können Urteile mit unmittelbarer Wirkung für Einzelne erlassen, ihre Rspr. ist von deutschen Gerichten zu beachten; vgl. Kreß, GA 2007, 296 ff. Die Kammern des IStGH sind jedoch *nicht* gesetzliche Richter iSv Art. 101 I 2 GG, da die Entscheidungen des IStGH (im Gegensatz zu denen des EuGH) nicht unmittelbar im deutschen Recht gelten, BVerfG NStZ 2011, 353–354.

²⁶⁹ BT-Drs. 14/2682, 6 f.; Grützner/Pötz/Kreß/Kreß, IV A 1 Rn. 368.

²⁷⁰ BGBl. I 2000 S. 1633. Danach wird eine Ausnahme vom Auslieferungsverbot Deutscher „für die Auslieferung an einen Mitgliedstaat der EU oder einen internationalen Gerichtshof“ gemacht, „soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.“ Dazu Uhle, NJW 2001, 1889 ff.; Zimmermann, JZ 2001, 233 ff.; Hackner et al., Rn. 109; Rohlf, Der EuHb, 2003, S. 62 f.; Grützner/Pötz/Kreß/Kreß, IV A 1 Rn. 372.

²⁷¹ Zur mangelnden Umsetzung bis 2002 vgl. Gropengießer, S. 141 ff.; zu Österreich vgl. Tiffner, FS Steininger, 2003, S. 387 ff.; eingehend zu VStGB und IStGHG Ambos, in: Loos/Jehle, Bedeutung der Strafrechtsdogmatik, 2007, S. 97 ff.; allg. zur Entwicklung des Völkerstrafrechts in Deutschland Werle, in: Hankel, S. 99 ff.; Werle, FS Tomuschat, 2006, S. 656 ff.

²⁷² BGBl. I 2002 S. 2254.

²⁷³ MüKoStGB/Werle VStGB Einl. Rn. 21.

²⁷⁴ S. Bock, Das Völkerstrafgesetzbuch im Lichte des GG, 2012, S. 119; Dittmann/Heinitz, in: Safferling/Kirsch, S. 192; s. a. Werle, JZ 2012, 374; Satzger, 2016, § 17 Rn. 10; Grundmann, in: Jeßberger/Geneuss, S. 36 f.

²⁷⁵ Satzger, 2016, § 17 Rn. 13; Esser, 2018, § 23 Rn. 7.

²⁷⁶ Vgl. BMJ, passim; Wirth/Harder, ZRP 2000, 146 f.; Werle, JZ 2000, 755 ff.; Werle, JZ 2002, 725 ff.; 2003, 87 ff.; Werle, FS Tomuschat, 2006, 665 ff.; Werle/Jeßberger, CLF 13 (2002), 191 ff.; Kreß, NStZ 2000, 617 ff. (619); Zimmermann, NJW 2002, 3068 ff.; Zimmermann, ZRP 2002, 97 ff.; Kreicker, 2006, S. 58 ff.; Wirth, JICJ 1 (2003), 151 ff.; Manacorda/Werle, RSC 2003, 501 ff.; Safferling, AGEL 1 (2003), 365 ff.; Weigend, GS Vogler, 2004, S. 201 ff.; Geiger, in: Alflen da Silva, Tribunal Penal Internacional, 2004, S. 77 ff.; Engelhart, Jura 2004, 742 f.; Eser, FS Burgstaller, 2004, S. 369 ff.; Hübner, Verbrechen des Völkermordes,

spezifische Unrecht der Verbrechen gegen das Völkerrecht besser zu erfassen ...“ und „die Rechtsklarheit und die Handhabbarkeit in der Praxis zu fördern.“²⁷⁷ Zudem bot ein gesondertes Gesetz bessere Möglichkeiten, auch den AT betreffende Sonderregelungen aufzunehmen.²⁷⁸ Aus diesen Gründen kodifiziert das VStGB im Wesentlichen die vr Kernverbrechen der Art. 5–8, namentlich Völkermord (§ 6 VStGB), Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7), Kriegsverbrechen gegen Personen und bestimmte geschützte Objekte (§§ 8–10) sowie Kriegsverbrechen des Einsatzes verbotener Methoden und Mittel der Kriegsführung (§§ 11, 12). An einigen Stellen geht das VStGB aber auch über das IStGH-Statut hinaus und erfasst Verhaltensweisen, deren Strafbarkeit bisher (lediglich) völkerge-wohnheitsrechtlich anerkannt ist.²⁷⁹ Im Anschluss an den Kampala-Kompromiss (→ § 7 Rn. 261 ff.) wurde das VStGB nach einem vom BMJV koordinierten Expertenprozess um den Straftatbestand des Aggressionsverbrechens ergänzt (§ 13);²⁸⁰ am 28.12.2016 wurde das entsprechende Gesetz zur Änderung des VStGB im Bundesgesetzblatt verkündet.²⁸¹ Die Tatbestände des VStGB sind grundsätzlich *leges speciales* gegenüber den Tatbeständen des StGB; das VStGB stellt aber keine abschließende Sonderregelung dar.²⁸² Auch im AT gilt daher grundsätzlich das StGB (§ 2).²⁸³ Sonderregelungen sind für das WRP (§ 1 iVm § 153f StPO, → § 3 Rn. 101 ff.), das Handeln auf Befehl (§ 3), die Unverjährbarkeit (§ 5) und vor allem die Verantwortlichkeit militärischer Befehlshaber und anderer Vorgesetzter (§§ 4, 14, 15) geschaffen worden. Auf all diese Vorschriften wird im Rahmen des § 7 zu-rückzukommen sein. Zuständig für die Verfolgung dieser Verbrechen ist der GBA, für die Aburteilung das OLG (Art. 96 Abs. 5 GG, §§ 142a Abs. 1 iVm Art. 120 Abs. 1 Nr. 8 GVG).²⁸⁴ Während die GBA ihre aus dem VStGB fließenden Kompetenzen zur (weltwei-ten) Verfolgung völkerrechtlicher Verbrechen zunächst nicht oder nur zögerlich genutzt²⁸⁵ und sich vornehmlich auf die Anlegung sogenannter „Beobachtungsvorgänge“²⁸⁶ (die im

2004, S. 302 ff.; Meseke, S. 269 ff.; Hartmann, in: Kühne et al., S. 121 ff.; Weigend, in: Neubacher/Klein, S. 121 ff.; Kuhl, S. 35 ff.; Safferling/Kirsch, JA 2012, 481 ff.; Beck/Ritscher, JICJ 13 (2015), 229 (230); krit. Satzger, NSTZ 2002, 125; Dietmeier, GS Meurer, 2002, S. 333 ff.; krit. zur frühen Praxis Geißler/Selbmann, HuV-I 2007, 160 ff.; zur Rechtslage vor dem Inkrafttreten des VStGB auch Werle, JZ 2012, 374 ff. Die Materialien zum VStGB finden sich in Lüder/Vormbaum. Zum Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens Dittmann/Heinitz, in: Safferling/Kirsch, S. 192 ff. Umfass. Kommentierung in MüKoStGB, Bd. 8, 2. Aufl. 2013. Zum schweizVStR eingehend Gless, 2015, Rn. 927 ff.

²⁷⁷ BR-Drs. 29/02 v. 18.1.2002, in: Lüder/Vormbaum, S. 23; s. hierzu auch Grundmann, in: Jeßberger/Geneuss, S. 36 ff.

²⁷⁸ Bock, Das Völkerstrafgesetzbuch im Lichte des GG, 2012, S. 119.

²⁷⁹ Werle, JZ 2012, 375.

²⁸⁰ S. Dittmann/Heinitz, in: Safferling/Kirsch, S. 197; vertiefend Hoven, in: Safferling/Kirsch, S. 339 ff.; Überblick über die im Zuge einer Implementierung zu bewältigenden rechtlichen Schwierigkeiten bei Zimmermann/v. Henn, ZRP 2013, 240; Oeter, in: Jeßberger/Geneuss, S. 117 ff.; Safferling/Kirsch, JA 2012, 486 f.; zur möglichen Aufnahme weiterer transnationaler Verbrechen in das VStGB Ambos/Timmermann, in: Safferling/Kirsch, S. 305 ff.

²⁸¹ BGBl. I Nr. 65, S. 3150 v. 28.12.2016; dazu Schiemann, JR 2017, 343. Generell zur Umsetzung der Beschlüsse von Kampala in Deutschland, Greßmann/Staudigl, ZIS 2016, 798 ff.; zu § 13 VStGB näher Glauch, HRRS 2017, 85 (86 ff.).

²⁸² BMJ, S. 23; GBA, Einstellungsvermerk Oberst Klein 16.4.2010, S. 51 f. mit Bespr. Richter, HRRS 2011, 35 ff.; näher MüKoStGB/Weigend VStGB § 2 Rn. 7; Ambos, 2010a, S. 81 f.; Ambos, NJW 2010, 1727; Rautenberg, ZRP 2010, 140; Müssig/Meyer, FS Puppe, 2011, S. 1505 f.; Jeßberger, HRRS 2013, 120; wohl auch Weingärtner, HuV-I 2010, 143; aA Zimmermann, GA 2010, 514 ff. (523 f.: Exklusivität VStGB, Anwendungssperre StGB).

²⁸³ Zu den anwendbaren AT-Regeln MüKoStGB/Weigend VStGB § 2 Rn. 8 ff.; Esser, 2018, § 23 Rn. 25 ff.

²⁸⁴ Vertiefend Jeßberger, HRRS 2013, 119 ff.; Böhm/Teubert, in: Safferling/Kirsch, S. 451 ff. Im Völkerstrafrechtsreferat der GBA sind derzeit sechs Staatsanwältinnen und Staatsanwälte beschäftigt. Für eine ausführliche Darstellung der strukturellen Voraussetzungen für die Verfolgung von Kriegsverbrechen und weiteren Verbrechen nach dem VStGB in Deutschland Bentele, ZIS 2016, 804 ff. Zur Zuständigkeit des GBA allgemein D. Bock, Jura 2017, 895 ff.

²⁸⁵ Vgl. die Überblicksdarstellungen bei Bock, in: Chapaux, Sahara, 2010, S. 54 ff.; Keller, in: Jeßberger/Geneuss, S. 141 ff.; sowie die Kritik bei Kindt, S. 118 f.; eher krit. auch Klip, in: Jeßberger/Geneuss, S. 246 ff.; ausf. Analyse der bisherigen VStGB-Praxis bei Geneuss, Völkerrechtsverbrechen, S. 200 ff.

²⁸⁶ So führte der GBA zum 24.6.2017 zwischen 115 und 120 offene „Beobachtungsvorgänge“ bzw. „ARP-Vorgänge“ (Bundesanwalt Ritscher, E-Mail v. 19.6.2017). Diese dienen dazu, aus allgemein zugänglichen Quellen – ohne Rückgriff auf die in der StPO vorgesehenen Ermittlungsmaßnahmen – das Vorliegen eines

Allgemeinen Register für Staatsschutzstrafsachen geführt werden, weshalb sie inzwischen eher als „ARP-Vorgänge“ bezeichnet werden) beschränkt hat, sind mittlerweile **verstärkte Ermittlungsaktivitäten**²⁸⁷ zu verzeichnen. Schwerpunktmäßig konzentrierte sich die GBA bisher auf den (noch nach alter Rechtslage zu beurteilenden) Völkermord in Rwanda aus dem Jahre 1994, (mutmaßliche) Verbrechen der insbesondere in der DR Kongo agierenden, paramilitärischen „Forces Démocratiques de Libération du Rwanda“ (FDLR) sowie den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr.²⁸⁸ Seit dem 26.7.2016 ist das erste Urteil eines deutschen Strafgerichts wegen des Völkermords in Rwanda rechtskräftig.²⁸⁹ Parallel dazu fand vor dem OLG Stuttgart das erste VStGB-Verfahren statt, das am 28.9.2015 mit (erstinstanzlichem) Urteil endete.²⁹⁰ Aktuell bilden in Syrien und im Irak begangene vr Verbre-

Anfangsverdachts oder die Anwendung deutschen Rechts auf einen bestimmten Sachverhalt zu beurteilen; vgl. dazu *Hannich*, ZIS 2007, 511. Die Mehrzahl geht auf Strafanzeigen zurück, einige wurden jedoch auch aufgrund allgemein zugänglicher Erkenntnisse, etwa aus Krisengebieten, von Amts wegen angelegt.

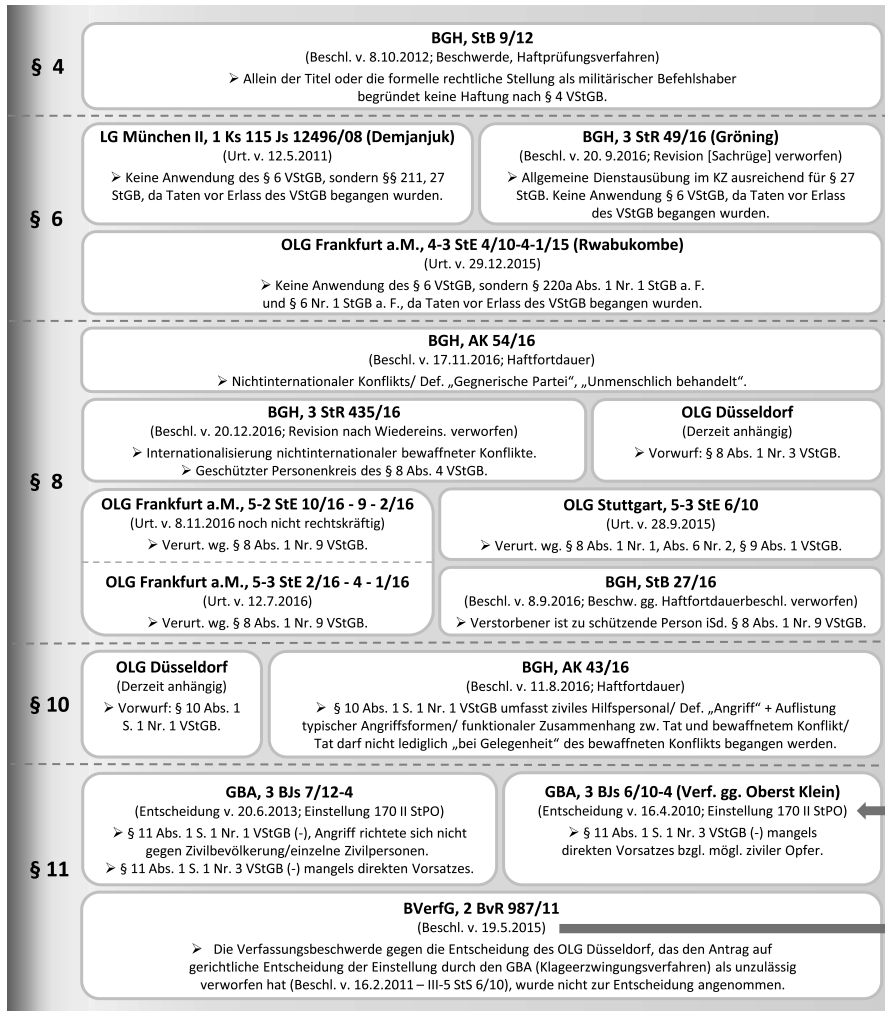
²⁸⁷ Zur Ermittlungstätigkeit des GBA nach 10 Jahren VStGB s. *Ritscher*, in: Safferling/Kirsch, S. 223 ff.; zu dessen „no safe haven Germany“ Strategie *Beck*, in: Jeßberger/Geneuss, S. 161. Zum 8.3.2017 wird in 31 Verfahren wegen VStGB-Verstößen ermittelt, drei befinden sich nach erstinstanzlichem Urteil in der Rechtsmittelinstanz, eines in der Hauptverhandlung und in einem weiteren wurde das Hauptverfahren eröffnet (Angaben Bundesanwalt *Ritscher*, E-Mail v. 8.3.2017); s. a. BT-Drs. 18/12487, Frage 3, wonach 2011 28 Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden; 2012 zwei; 2013 fünf; 2014 fünf, davon zwei Strukturverfahren; 2015 zehn, davon ein Strukturverfahren; 2016 21; 2017 bisher drei. Im Jahr 2013 gingen beim BAMF 25 Hinweise auf Völkerstraftaten ein, bis März 2016 erhöhte sich die Zahl auf 2902 Hinweise, vgl. BT-Drs. 18/8052, Frage 33; vgl. auch *Bentele*, ZIS 2016, 804. Mit der Einrichtung des Referats S 4 als völkerstrafrechtliche Spezialeinheit hat der GBA inzwischen auch eine beim GBA angesiedelte Spezialeinheit geschaffen, vergleichbar etwa dem im niederländischen Justizministerium angesiedelten speziellen Ermittlungsteam NOVO. Dieses Referat hat inzwischen sieben volle Stellen (Ende 2010 waren es fünf, zwischenzeitlich einmal neun, davon jedoch zwei Halbtagsstellen), s. BT-Drs. 18/12487, Frage 5. Das BKA richtete zudem die Zentralstelle für die Bekämpfung von Kriegsverbrechen und weiteren Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch (ZBKV) ein, die inzwischen über 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügt (2011 waren es noch neun) und bis Ende 2018 sogar vergrößert werden soll, s. BT-Drs. 18/12533, Frage 17.

²⁸⁸ S. insb. den Einstellungsvermerk im Verfahren gegen Oberst Klein vom 16.4.2010, <http://www.generalbundesanwalt.de/docs/einstellungsvermerk20100416offen.pdf> (zuletzt abgerufen am 21.9.2017; *Ambos*, NJW 2010, 1725; *Richter*, HRRS 2011, 28 (28); *Keller*, in: Jeßberger/Geneuss, S. 151 ff.; krit. dazu *Kaleck*, S. 83. Falllösungen dazu bei *Safferling/Kirsch*, JA 2010, 81; *Ambos*, 2010a, S. 65 ff. (Fall 6 Rn. 1 ff.); unter Amtshaftungsgesichtspunkten *Henn*, HuV-I 2013, 83 (83)). Mit Beschluss v. 16.2.2011 hat das OLG Düsseldorf den Antrag auf gerichtliche Entscheidung als unzulässig verworfen (III-5 StS 6/10, → Schaubild 7). Die dagegen erhobene Vb wurde nicht zur Entscheidung angenommen (*BVerfG*, 3. Kammer des 2. Senats, Beschl. v. 19.5.2016 – 2 BvR 987/11; StV 2017, 373 ff. → Schaubild 7). S. zudem den Einstellungsvermerk v. 20.6.2013 zum Drohneneinsatz in Mir Ali/Pakistan am 4.10.2010, https://www.generalbundesanwalt.de/docs/drohneneinsatz_vom_04oktober2010_mir_ali_pakistan.pdf (zuletzt abgerufen am 21.9.2017; hierzu *Ambos*, NStZ 2013, 634 (634)); zu den Ermittlungsschwerpunkten allg. *ECCHR*, S. 27.

²⁸⁹ Am 18.2.2014 verurteilte das OLG Frankfurt a. M. (Staatsschutzkammer) den ehemaligen Bürgermeister einer ruandischen Kommune wegen Beihilfe zum Völkermord gem. §§ 220a Abs. 1 Nr. 1 aF, 27 StGB zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren (*OLG Frankfurt am Main*, Urt. v. 18.2.2014 – 5-3 StE 4/10-4-3/10). Auf die Revision der GBA, der Nebenklage und der Verteidigung verwies der BGH die Sache zur neuen Entscheidung an eine andere Strafkammer des OLG Frankfurt. Die erneute Revision des Angeklagten verwarf der BGH (Beschl. v. 26.7.2016 – 3 StR 160/16). Für eine rechtliche Analyse vgl. *Ambos/Penkuhn*, StV 2016, 760 ff.; auch *Werle/Burghardt*, ZIS 2015, 46 (48 ff.); generell auch *Kroker*, GYIL 54 (2011), 671 (671 ff.); aus Sicht der Verteidigung von *Wistinghausen*, in: Safferling/Kirsch, S. 199 ff.; aus Sicht des GBA *Ritscher*, in: Safferling/Kirsch, S. 228 ff.; *Beck*, in: Jeßberger/Geneuss, S. 163 f.; zur Beobachtung des Verfahrens durch Studierende der Universität Marburg im Rahmen des Trial-Monitoring-Programms *Hansen*, in: Safferling/Kirsch, S. 433.

²⁹⁰ Am 17.11.2009 wurden die zwei mutmaßlichen Führungsfunktionäre der FDLR wegen des dringenden Tatverdachts der Begehung von VgM und Kriegsverbrechen festgenommen, s. www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?themenid=11&newsid=347 (zuletzt abgerufen am 21.9.2017). Nach Anklageerhebung am 8.12.2010 verurteilte das OLG Stuttgart die Angeklagten am 28.9.2015 zu Freiheitsstrafen von 13 bzw. acht Jahren (Urt. v. 28.9.2015 – 3 StE 6/10), s. http://www.olg-stuttgart.de/pb/_Lde/Startseite/PRESSE/OLG+Stuttgart+verurteilt+Funktionaere+der+_FDLR_/?LISTPAGE=1178276 (zuletzt abgerufen am 21.9.2017). Gegen das Urteil haben sowohl die Verteidigung als auch die GBA Revision eingelegt. Vertiefend *Groß-Böling*, in: Strafverteidigervereinigungen, S. 143 ff.; *Schäfer*, in: Safferling/Kirsch, S. 246 ff.; *Keller*, in: Jeßberger/Geneuss, S. 148 ff.; *Bentele*, ZIS 2016, 803; unter besonderer Berücksichtigung der zur Überwindung von Beweisschwierigkeiten herangezogenen Organisationsdelikte der §§ 129a, b StGB *Bock*, ZIS 2017, 415; aus Sicht des GBA *Ritscher*, in: Safferling/Kirsch, S. 231 ff. – Darüber hinaus

chen den Ermittlungsschwerpunkt der Behörden.²⁹¹ Für weitere Verfahren s. das folgende **Schaubild 7** (§§-Angaben sind solche des VStGB):



© Alexander Heinze (techn. Bearb.: Robert Täger)

Schaubild 7: Ausgewählte aktuelle Rspr. VStGB

wurden am 5.12.2014 zwei Deutsche vom OLG Düsseldorf wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung FDLR gem. §§ 129b Abs. 1 iVm § 129a Abs. 1 Nr. 1 StGB, zu Freiheitsstrafen von vier bzw. drei Jahren verurteilt, *OLG Düsseldorf*, Urt. v. 5.12.2014 – III – 6a StS 1/13, s. http://www.olg-duesseldorf.nrw.de/behoerde/presse/archiv/Pressemitteilungen_aus_2014/20141206_PM_FDLR_Urteil/index.php (zuletzt abgerufen am 21.9.2017). Wegen Unterstützung der FDLR in drei Fällen verurteilte jüngst auch der 3. Strafsenat des OLG Stuttgart einen 47-jährigen ruandischen Staatsangehörigen, der seit 27 Jahren in Deutschland lebt, zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten (die Vollstreckung der Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt), *OLG Stuttgart*, Urt. v. 14.6.2017 – 3 – 36 OJs 1/16, <http://landgericht-heidelberg.de/pb/j1182029_Len_US/Startseite/Medien/Unterstuetzer+der+_FDLR_+zu+einer+Bewachrungsstrafe+von+einem+Jahr+und+neun+Monaten+verurteilt/?LISTPAGE=1178276>, zuletzt abgerufen am 24.6.2017.

²⁹¹ Vgl. *Ritscher*, ZIS 2016, 807 (807 f.); *ECCHR*, S. 27. Den Syrienkonflikt betraf auch eine Beschwerde vor dem BGH gegen einen Haftfortdauerbeschluss des OLG Frankfurt a. M. Bzgl. der Leichenschändung eines Kämpfers des sog. IS entschied der BGH, dass auch ein Verstorbener als nach dem humVR zu schützende

Mit einiger Verspätung hat Deutschland schließlich auch Art. 70 Abs. 4a) durch § 162 Abs. 1 StGB umgesetzt.²⁹²

- 41 Die Kooperation mit dem IstGH ist im **IStGH-Ausführungsg**²⁹³ geregelt. Das IstGHG ist ein Artikelgesetz und enthält als zentralen Art. 1 das „Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof“ (IStGHG). Dieses Gesetz besteht aus sieben Teilen und regelt die Überstellung von Tatverdächtigen an den IstGH (§§ 2 ff.), die Durchbeförderung (§§ 34 ff.), die Rechtshilfe in Form der Vollstreckung von Freiheitsstrafen und anderen Sanktionsanordnungen des IstGH (§§ 40 ff.), die sonstige Rechtshilfe (§§ 47 ff.) und ausgehende deutsche Ersuchen an den IstGH (§§ 64 ff.). Das IstGHG setzt die sich aus dem Statut ergebenden Kooperationspflichten Deutschlands unter Bezugnahme auf die entsprechenden Vorschriften des Statuts vertragstreu um. Beispielhaft sei hier nur auf die Überstellung zur Strafverfolgung und -vollstreckung im Inland befindlicher – auch deutscher (Art. 16 Abs. 2 GG!) – Personen (§ 2 IstGHG) sowie auf die sonstige Rechtshilfe hingewiesen, die „jede Unterstützung“ des IstGH auf der Grundlage des Statuts umfasst (§ 47 (2) IstGHG). Auf besonderes Ersuchen kann der Gerichtshof sogar selbst Beweiserhebungen vornehmen (§ 62 IstGHG). Auf weitere Einzelheiten des IstGHG sowie weitere Gesetzesänderungen durch das IstGH-Ausführungsg (Art. 2–12) wird bei der Behandlung der strafrechtlichen Zusammenarbeit im Rahmen von → § 8 Rn. 62 ff. (→ Rn. 85) eingegangen.

G. Die „gemischten“ Tribunale

I. Grundlagen

- 42 Als Folge der zunehmenden Internationalisierung der Strafverfolgung schwerer Menschenrechtsverletzungen sind inzwischen in zahlreichen Staaten sog. gemischte oder hybride Tribunale entstanden.²⁹⁴ Diese Tribunale werden als „gemischt“ bezeichnet, weil sie eine gemischt national-internationale Rechtsgrundlage haben und aus nationalen und in-

Person von § 8 Abs. 1 Nr. 9 VStGB gilt, BGH, Beschl. v. 8.9.2016 – StB 27/16, s. a. Schaubild 7; krit. Berster, ZIS 2017, 264 ff. (der Tote durch das humVR nicht als geschützt ansieht, aber – wegen des medialen Effekts und des friedensgefährdenden Potentials – eine Beihilfe zu vstr Anschlussstaten für möglich hält; ebenso BGH NJW 2017, 3667 (m. Anm. Ambos, der die Begründung des Senats zur Einbeziehung Toter als eine nach dem humVR zu schützende Person iSv § 8 Abs. 1 Nr. 9 VStGB kritisiert).

²⁹² Im Grunde genommen wurde § 162 Abs. 1 StGB bereits durch das „Gesetz zur Umsetzung des EU-Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie“, BGBl. 2008 I S. 2149, umgesetzt, ist aber nicht Ausfluss dieses EU-Rahmenbeschlusses, sondern setzt eine Verpflichtung aus Art. 70 Abs. 4a) iVm Abs. 1a) IstGHS um, s. MüKoStGB/Müller § 162 Rn. 4; Sinn, NJW 2008, 3528.

²⁹³ BGBl. I 2002 S. 2144. Dazu MacLean, ZRP 2002, 261 ff.; Meißner, NJW 2002, 347 ff.; Wilkitzki, ICLR 2 (2002), 197 ff.; Weigend, GS Vogler, 2004, S. 199 f.; Weigend, in: Neubacher/Klein, S. 118 ff.; Ambos, in: Malaguti, S. 138 ff. Vgl. für Österreich das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit dem IstGH (BGBl. I 2002 S. 135).

²⁹⁴ Vgl. Bassiouni, 2013, S. 721 ff.; Ambos/Othman, passim; Höpfel/Angermaier, S. 327 ff.; Ambach, HuV-I 2005, 107 ff.; Cryer/Cryer et al., S. 181 ff.; Werle/Jeffberger, 2016, Rn. 81 ff., 336 ff.; Werle/Jeffberger, 2014, Rn. 81 ff.; Chiam, in: Blumenthal/McCormack, 211 ff.; krit. Sriram, IA 2004, 975 ff.; Egonda-Ntende, HuV-I, 2005, 24 ff.; Nerlich, in: Hankel, S. 78 ff.; Bohlander/Winter, in: Kirsch, S. 261 ff.; Kolb, in: Kolb/Scalia, S. 263 ff.; Gilbert, in: Dolgopoul/Gardam, S. 437 ff.; Zahar/Shuiter, S. 11 ff.; Donlon, in: Schabas/Bernaz, S. 65 ff.; Ambos/Bock, in: Reydam/Wouters/Ryngaert, S. 488 ff.; Hobbs, LJIL 30 (2017), 177 (178); Kaleck, Double Standards, S. 55 ff. Zu den Kategorien „gemischt“, „hybrid“ oder „internationalisiert“ näher Williams, JICJ 14 (2016), 26 f.; Cross, JICJ 14 (2016), 81; krit. O’Keefe, IntCrimL, S. 86 ff., der einerseits diese Kategorien als zu formal ablehnt, andererseits jedoch zugestimmt, dass sie zur Beschreibung der richterlichen Zusammensetzung, der sachlichen Zuständigkeit sowie der Rechtsquellen eines Strafgerichts durchaus nützlich sind; krit. zu einer rein formalen Betrachtungsweise auch Kjeldgaard-Pedersen, LJIL 28 (2015), 113 ff. Die Kategorie „gemischt“ eher funktional (statt normativ) verstehend Cimiotta, JICJ 14 (2016), 60 ff. Allg. zur „justice under transitional administration“ Stahn, HousJInt’lL 27 (2005), 311 ff. Zu den (nationalen) Tribunalen im ehem. Jugoslawien → Fn. 83. Für einen tabellarischen Überblick vgl. JfT, 2008, 8 f. und von Braun, S. 422; diese liefert auch eine umfassende Untersuchung zu Osttimor, Sierra Leone und Bosnien-Herzegowina (S. 107 ff.). Zur geplanten Einrichtung von *Special Chambers* in Burundi s. Crippa, ICLR 12 (2012), 80.